

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
201 · Ausgabe CH · August 2022
AZB 3001 Bern



Nein zur Verrechnungssteuer- Vorlage!

Alles zu den Abstimmungen vom 25. September ab Seite 4.

DIE STOP-35-INITIATIVE IST EINGEREICHT

Die Bürgerlichen versuchen trotz der Initiative Initiative mit aller Kraft, einen demokratischen Entscheid über das grösste Rüstungsprojekt der Schweizer Geschichte zu verhindern. Seite 13

OFFIZIELLE GRÜNDUNG DER SP QUEER

Wie die SP Frauen oder die SP 60+ wird bald auch die SP queer zum eigenständigen Organ der SP Schweiz. Komm an die Gründungsfeier am 10. September in Bern! Seite 14

Liebe Leserin, lieber Leser,
alle dazwischen und darüber hinaus



Selten erreichen uns so viele persönliche Zuschriften wie auf jenen Newsletter, in dem Co-Präsidentin Mattea Meyer vorrechnete, mit welchem schmalen Budget Rentnerin Anita bis Monatsende durchkommen muss. Zahlreiche Frauen schrieben, dass sie Anitas Schicksal teilten oder gar mit noch weniger Geld auskommen müssten. Geschiedene Frauen, die vor allem zu den Kindern schauten und kaum einer Erwerbsarbeit nachgehen konnten. Frauen, die nach der Scheidung krank wurden und die Arbeit verloren.

Mit einer Rente von 2683 Franken monatlich beschreibt Anna ihren Alltag so: «Wenn ich nach Eingang der AHV die Fixkosten beglichen habe, reicht der Rest, um den Kühlschrank und den Küchenschrank mit dem Allernotwendigsten zu bestücken. Dieser Vorrat ist meist Mitte Monat aufgebraucht. Die letzten zwei Wochen eines Monats stehen mir meist nur noch um die 20 Franken zur Verfügung.» Einen Kaffee auswärts trinken, ein Kinobesuch oder gar Ferien liegen da nicht drin. «Ich lebe nicht, ich vegetiere.»

Jede neunte Frau, die heute in Rente geht, muss direkt nach der Pensionierung Ergänzungsleistungen beantragen. Und jede zweite Frau erhält weniger als 3000 Franken Rente, inklusive Pensionskasse. Im Schnitt wird Frauen eine um 37 Prozent tiefere Rente ausbezahlt. Und da sollen es die Frauen einmal mehr richten und auf 26 000 Franken verzichten?

Diese AHV-Vorlage verdient ein dickes Nein. Paul Rechsteiner erklärt die Argumente ab Seite 4.

Darum: Stimmt zahlreich ab und mobilisiert Familie, Freunde und Bekannte.

Es grüsst euch solidarisch
Pia Wildberger

INHALT

- 4 Mehr Arbeit, weniger Rente? Nein!**
Warum die AHV-Vorlagen ungerecht und unsozial sind
- 6 Nein zur Verrechnungssteuer-Vorlage**
Gegen neue Sonderrechte für 200 Konzerne
- 8 Ja zur Massentierhaltungs-Initiative**
Die drei wichtigsten Gründe für ein Verbot der industriellen Tierproduktion
- 9–12 Berichte aus den Kantonen**
- 13 Die Stop-35-Initiative ist eingereicht**
Warum die Initiative trotz Ukraine-Krieg richtig ist
- 14 Europapolitik und Wahlauftakt – die Themen am Parteitag**
Kommt am 29./30. Oktober zahlreich nach Basel!
- 15 Gründung von SP queer**
Einladung zur Gründungsveranstaltung dieses neusten Organs der SP Schweiz
- 16 Kochen fürs Klima: erfrischender Apéro mit selbstgemachtem Kracker**
Wie der vegane Dip mit marokkanischen Wurzeln gelingt
- 17 Genf gibt sich ein neues Sozialhilfe-Gesetz**
Weniger Menschen in der Sozialhilfe dank Bildungsoffensive und höherem Einkommensfreibetrag?
- 18 5 Fragen an Neumitglied Tobias Gröflin, Gelterkinden BL**
- 19 Anlässe der SP Schweiz, der Anny-Klawa-Morf-Stiftung und von Movendo**

Dem Ausstieg entgegen – die Zukunft ist erneuerbar!

ANTI-ATOM-RADTOUR

Sommer 2022



Dem Ausstieg entgegen: Komm mit auf die Anti-AKW-Velotour

Im Dezember 2020 ging das AKW Mühleberg vom Netz, doch seither harzt es mit den Ausstiegsplänen. Ewiggestrige fordern in der Schweiz neue AKWs und finden mit dieser Forderung gar Verbündete. Dabei sind die Schweizer Uralt-Reaktoren ein Risiko. Von einer Lösung im Umgang mit dem strahlenden Müll sind wir weit entfernt.

Darum demonstrieren wir ab 27. August in einer mehrtägigen Velo-Sternfahrt von Mühleberg über Graben und Gösgen nach Brugg zum Sitz des Nuklearsicherheitsinspektorats ENSI. Eine zweite, grössere Velotour führt von Schaffhausen über Benken/Marthalen nach Brugg, wo sich beide Touren am 29. August treffen. An den drauffolgenden Tagen geht es weiter über Leibstadt nach Basel und Fessenheim. Die Velofahrer:innen sind gemächlich unterwegs, machen Aktions-Stopps, begegnen Zeitzeug:innen aus der Anti-Atom-Bewegung und werden gepflegt.

Die Velo-Demo ist Teil einer grossen internationalen Aktion des Bündnisses «ausgestrahlt.de» und führt auch durch Belgien und Frankreich. Die SP unterstützt die Aktion tatkräftig. Mach mit und fahr ein Stück mit.

Wann, wie und wo findest du unter → nwa-schweiz.ch.

Eine Anmeldung ist nicht nötig, erleichtert den Organisator:innen jedoch die Planung.



JUSO lanciert Zukunft-Initiative



Im ausgetrockneten Flussbett der Emme lancierten die Jungsozialist:innen vergangene Woche die «Initiative für eine Zukunft». Die Initiative fordert einen umfassenden und sozial gerechten Klimaschutz, der durch eine Nachlasssteuer von 50 Prozent auf hohe Erbschaften ab 50 Millionen Franken finanziert wird. Die JUSO setzt damit auf sozial gerechte Massnahmen gegen die Klimakrise und will so den ökologischen Umbau der Gesamtwirtschaft forcieren. Das bedeutet einen Fokus auf emissionsarme und gleichzeitig gesellschaftlich zentrale Berufsfelder wie Pflegeberufe, auf sozialen und ökologischen Wohnungsbau oder aber auch auf den öffentlich finanzierten Ausbau von lokalen erneuerbaren Energien. «Wir wollen eine soziale Klimapolitik: Das bedeutet Massnahmen, die allen ermöglichen, ökologisch zu arbeiten, zu wohnen und zu leben. Dafür braucht es einen Umbau der Gesamtwirtschaft!» so der neue JUSO-Präsident Nicola Siegrist.

→ www.zukunft-initiative.ch

Keine «Therapie» für Schwule und Lesben!



Die Rechtskommission des Nationalrats befürwortet ein Verbot von sogenannten Konversionstherapien für Minderjährige und junge Erwachsene. Der Entscheid fiel vergangene Woche mit 16 zu 1 bei einer Enthaltung deutlich aus. Das Thema kam dank Sarah Wyss und Angelo Barrile (beide SP) aufs Tapet. Noch ist der Weg zum nationalen Verbot einer «therapeutischen Umpolung» von Schwulen und Lesben lang, doch im Nationalrat dürfte das Vorhaben gute Chancen auf Umsetzung haben. Konversionstherapien sind in Frankreich bereits verboten, in Deutschland und Österreich bestehen Teilverbote.

Individualbesteuerung: Initiative steht

Den FDP-Frauen ist es in einer breiten Allianz gelungen, 130 000 Unterschriften zu sammeln. Davon seien 104 000 von den Gemeinden überprüft worden, meldet die NZZ am Sonntag. Auch die SP unterstützt die Initiative, denn heute werden verheiratete und gleichgeschlechtliche Paare mit eingetragener Partnerschaft gemeinsam besteuert, was bei der Bundessteuer zu einer sogenannten «Heiratsstrafe» führen kann. Darunter leiden laut Schätzungen des Bundes rund 450 000 Zweiverdiener-Ehepaare. Bei der Individualbesteuerung wird das Einkommen jeder natürlichen Person einzeln besteuert, und die Höhe der Steuer richtet sich dabei in erster Linie nach dem Einkommen der einzelnen Person. Die zu erwartenden Steuerverluste in Milliardenhöhe müssen jedoch gegenfinanziert werden.

Positionspapier zur Versorgungssicherheit



Eine Strommangellage droht. Bereits im Juni erarbeitete die SP-Bundeshausfraktion ein Positionspapier, in dem sie aufzeigte, was gegen einen drohenden Strommangel vorzukehren ist und wie sich Behörden und Bevölkerung vorbereiten können und müssen. Neben einem starken Ausbau der erneuerbaren Energien fordert die Fraktion dringend diverse politische Massnahmen auf nationaler Ebene. Das Papier wird auch am Parteitag von Ende Oktober diskutiert. Es existiert in einer Lang- und Kurzform, die beide auf der Website der SP Schweiz abrufbar sind.

→ www.sp-ps.ch

Bald bis 67 arbeiten?



AHV-Abbau

2x NEIN

Mehr bezahlen, weniger Rente

Mehr Arbeit, weniger Rente? Nein!

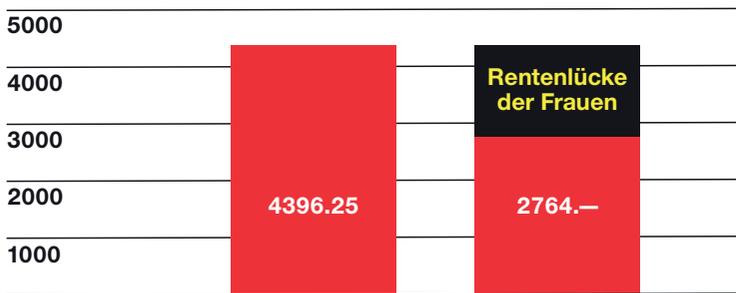


Paul Rechsteiner,
Ständerat SG

Unter dem Deckmäntelchen von Gleichstellung und Behebung der angeblichen AHV-Finanzierungslücke soll das Rentenalter der Frauen auf 65 Jahre erhöht werden. Doch eine Erhöhung wäre alles andere als gerecht oder sozial. Die Renten von Frauen liegen schon heute fast 40 Prozent unter jenen der Männer. Und bereits liegen Pläne für Rentenalter 67 auf dem Tisch.

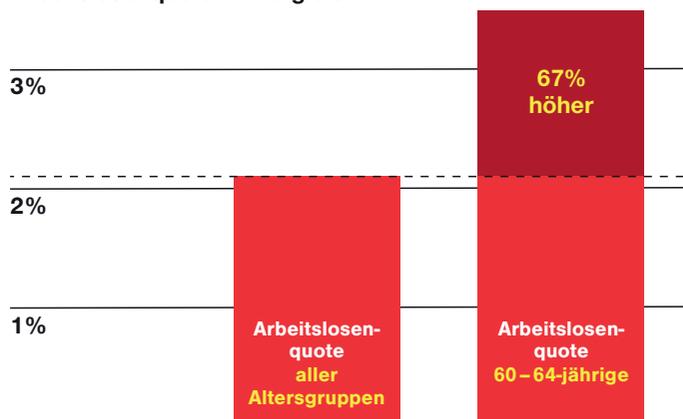
Mit der AHV-Vorlage sollen Frauen ein Jahr länger arbeiten und so einerseits mehr in die AHV-Kasse einbezahlen, andererseits ein Jahr weniger lang Rente beziehen. Das bedeutet für jede Frau einen Rentenverlust von rund 26 000 Franken. Bereits heute haben Frauen jedoch

Frauen haben bereits über
1/3 weniger Rente!



■ Durchschnittliche monatliche Gesamrente (umfasst AHV, BVG und 3. Säule)

Mehr ältere Arbeitslose
Arbeitslosenquote im Vergleich





müssen ein Jahr länger arbeiten, obwohl viele erschöpft sind. Eine Frühpensionierung können sich in diesen Branchen die wenigsten leisten. Zumal Frauen in Zukunft gegen den Willen des Bundesrats bei einer Frühpension erst ab 63 Jahren die AHV vorbeziehen können, nicht wie heute ab 62.

Stellensuche wird zum Spiessrutenlauf

Gleichzeitig wird mit der AHV-Vorlage auch die Mehrwertsteuer erhöht. Doch die Preise steigen bereits seit Monaten ständig, die Teuerung ist hoch. Für den Herbst wird zudem mit einem Prämienschub bei den Krankenkassen gerechnet. In dieser Situation ist es falsch, die Preise durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer anzuhetzen, verbunden mit einer Verschlechterung der Renten.

Kommt hinzu: Wer das Pech hat, mit über 60 Jahren eine Stelle suchen zu müssen, hat es schwer, denn die Aussichten auf dem Stellenmarkt sind schlecht. Die Erhöhung des Rentenalters wird darum mehr Menschen in die Langzeitarbeitslosigkeit oder in die Sozialhilfe treiben.

Konkrete Vorschläge für eine allgemeine Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre liegen in Bundesbern auf dem Tisch. Rentenalter 65 ist erst der Anfang. Mit dem Rentenalter 67 wird ein Zweiklassen-Rentensystem geschaffen, in dem sich Topverdiener und Manager frühpensionieren lassen können, während alle anderen immer länger arbeiten müssen. Das ist unsozial und ungerecht. Einmal mehr dürfte es heissen: mehr Arbeit, weniger Rente.

eine fast 40 Prozent tiefere Rente als Männer, weil sie weniger verdienen und sich mehr um Haushalt und Familie kümmern. Die Erhöhung des Rentenalters hat darum nichts mit Gleichstellung zu tun. Echte Gleichstellung würde gleich hohe Löhne und gleich hohe Renten bedeuten. Die Erhöhung des Rentenalters ist nichts anderes als ein Rentenabbau.

Die Pensionierung stellt schon heute viele Menschen vor existenzielle Probleme. Denn wer wenig verdient hat, erhält eine tiefe Rente. Das betrifft häufig Frauen mit harten Jobs und tiefen Löhnen – beispielsweise in der Langzeitpflege, in der Reinigung, in der Gastronomie oder im Verkauf. Diese Frauen

DARUM GEHT ES

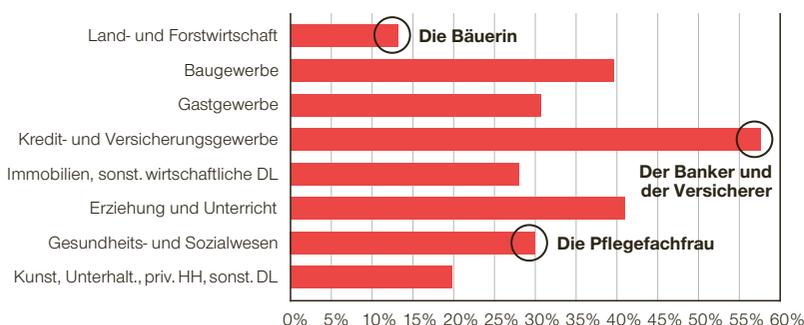
- Das Rentenalter der Frauen soll auf 65 Jahre steigen. Gleichzeitig soll zur Finanzierung der AHV die Mehrwertsteuer um 0,4 Prozent erhöht werden. Die beiden Vorlagen sind miteinander verknüpft.
- Das höhere Rentenalter bedeutet für Frauen, dass sie auf 26 000 Renten-Franken verzichten müssen. Bei Verheirateten sind auch die Männer betroffen.
- Am meisten trifft die Vorlage Frauen mit harten Jobs und tiefen Löhnen.
- Die Teuerung ist rekordhoch. Jetzt die Mehrwertsteuer zu erhöhen, ist falsch.
- Bei einem Ja droht bald allen Rentenalter 67.
- Sehr schwierige Stellensuche für «ü60»: Die Erhöhung des Rentenalters wird mehr Menschen in die Langzeitarbeitslosigkeit oder in die Sozialhilfe treiben.
- Bessere Lösungen zur Finanzierung der AHV liegen auf dem Tisch.

➔ **Darum 2x Nein am 25. September!**

PERFIDE UNGERECHTIGKEIT

Die Erhöhung des Rentenalters ist auch darum ungerecht, weil die durchschnittliche Lebenserwartung mit der sozialen Stellung sinkt. Anders ausgedrückt: Wer wenig verdient, stirbt früher. Dieser Zusammenhang ist statistisch belegt. Gerade Menschen mit einem tiefen Einkommen können sich eine Frühpension jedoch nicht leisten. Dies im Gegensatz zu Topverdienern und Managern, die weniger auf die AHV angewiesen sind.

In welcher Branche kann man sich die Frühpension leisten? Frühpensionierungsquoten 1 Jahr vor dem ordentlichen Rentenalter¹



¹64 Jahre bei den Männern und 63 Jahre bei den Frauen

DIE «RENTENLÜCKE» DER AHV

In den vergangenen 20 Jahren waren die Prognosen des Bundes stets düsterer als die Realität. Letztes Jahr lag der Betriebsgewinn der AHV mit 2,6 Milliarden Franken im Plus. Das ist drei Mal mehr als prognostiziert. Inzwischen beträgt das Kapital der AHV fast 50 Milliarden Franken – Rekord! Die Schieflage der AHV, die von Banken und Versicherungskonzernen im eigenen Interesse immer wieder heraufbeschworen wird, gibt es nicht.

GENIESSEN SIE DIE FERIEEN!

WIE DIE 500 MILLIONEN
SCHWEIZER STEUERFRANKEN,
DIE SICH INS AUSLAND
ABSETZEN.

verrechnungssteuer-vorlage-nein.ch

NEIN
VERRECHNUNGS-
STEUER-VORLAGE



Nein zur Verrechnungs- steuer-Vorlage



Prisca Birrer-Heimo
Nationalrätin LU

Die Abstimmungsvorlage klingt kompliziert, doch eigentlich ist es ganz einfach: Das Parlament will für wenige Grossunternehmen und Grossanleger die Verrechnungssteuer abschaffen. Bis zu 800 Millionen Franken dürften dem Staat darum jedes Jahr in der Kasse fehlen. Das Loch müssen die Bürgerinnen und Bürger stopfen, die auch weiterhin die Verrechnungssteuer bezahlen. Die Vorlage gehört deutlich abgelehnt.

Erst im Februar dieses Jahres sprach sich bei der Stempelsteuer-Abstimmung eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung gegen neue Sonderrechte für Grosskonzerne aus und lehnte die Abschaffung der Stempelsteuer ab. Doch nun kommt mit der Verrechnungssteuer schon wieder eine sehr ähnliche Vorlage vors Volk: Diesmal soll die Verrechnungssteuer auf Obligationenzinsen abgeschafft werden.

Damit erhalten rund 200 Konzerne bei der Kapitalbeschaffung Sonderrechte. KMU hingegen pro-

fitieren nicht, denn sie finanzieren sich nicht über Obligationen. Auch für Sparerinnen und Sparer ändert sich nichts. Denn auf den Sparkonti der Bevölkerung bleibt die Verrechnungssteuer bestehen. Die Steuer soll bloss für Obligationen-Grossanleger und dubiose Vermögensverwalter abgeschafft werden. Diese Ungleichbehandlung ist nicht nachvollziehbar.

Eine Einladung für Steuerkriminelle
Die Vorlage leuchtet noch weniger ein, wenn man sich den eigentlichen

Zweck der Verrechnungssteuer vor Augen hält. Der Bundesrat schreibt deutlich: «Die Verrechnungssteuer bezweckt in erster Linie die Eindämmung der Steuerhinterziehung.»

Genauso funktioniert das System: Wer heute in der Steuererklärung die Kapitalerträge korrekt angibt, erhält die Verrechnungssteuer zurückerstattet. Die Verrechnungssteuer dient also dazu, die Steuerhinterziehung unattraktiv zu machen. Deren Abschaffung macht es im Gegenzug für Grossanleger und Oligarchen einfach, bei den Steuern zu betrügen.

Wer bezahlt? Die Bevölkerung!

Das Vorhaben ist nicht nur unverständlich und ungerecht, sondern auch teuer. Die finanziellen Auswirkungen werden systematisch kleingerechnet. Die Steuerausfälle dürften sich bei normalisiertem



«Während die Verrechnungssteuer für die normalen Bürgerinnen und Bürger auf den Sparkonti bestehen bleibt, soll sie für Obligationen-Grossanleger abgeschafft werden. Diese Ungleichbehandlung ist völlig unverständlich.»

Cédric Wermuth, Co-Präsident SP Schweiz, Nationalrat AG

DARUM GEHT ES

- Von der Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationenzins profitieren nur rund 200 Konzerne. KMU sowie Sparerinnen und Sparer gehen leer aus.
- Die Vorlage ist eine Einladung für Steuerkriminelle. Die Abschaffung macht es für Grossanleger und Oligarchen einfach, bei den Steuern zu betrügen. 480 Millionen Franken werden jedes Jahr ins Ausland abfliessen.
- Die enormen Kosten von bis zu 800 Millionen Franken jährlich wird die Bevölkerung bezahlen müssen – über höhere Steuern und Abgaben oder einen Leistungsabbau.

→ verrechnungssteuer-vorlage-nein.ch

Zinsniveau auf jährlich 600 bis 800 Millionen Franken belaufen. Eine Gegenfinanzierung fehlt. Zahlen wird die Bevölkerung – entweder mit höheren Gebühren und Abgaben oder mit einem Leistungsabbau.

Die Befürworterinnen und Befürworter behaupten, die Vorlage helfe der Schweizer Wirtschaft. Fakt ist aber: Mindestens 480 Millionen Franken fliessen gemäss Bund direkt ins Ausland ab, und zwar in die Taschen von Grossanlegern und Steuerkriminellen.

Das kann nicht in unserem Interesse sein. Darum: Nein zur Verrechnungssteuer-Vorlage!



Quelle: Eidgenössische Steuerverwaltung, Werte bei normalem Zinsniveau



Der Schutz der Tierwürde ist überfällig



Daniel Jositsch
Ständerat ZH

Die Massentierhaltungs-Initiative verlangt das Ende der industriellen Tierproduktion in der Schweiz. Zu Recht: Die Würde des Tieres ist heute nicht garantiert. Die SP Schweiz empfiehlt darum ein Ja zur Initiative, für die besonders drei Gründe sprechen.

■ **Das Tierwohl:** Der Konsum von Fleisch stagniert in der Schweiz auf hohem Niveau. Die Schlachtzahlen schiessen wegen der steigenden Nachfrage nach Hühnerfleisch jedoch durch die Decke. Dieser Fleischkonsum wird grösstenteils durch die industrielle Tierproduktion – sprich Massentierhaltung – gedeckt. Das Ziel der Massentierhaltung besteht darin, dass die gezüchteten Tiere in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Fleisch ansetzen. Dabei werden die Grundbedürfnisse der Tiere in praktisch allen Belangen missachtet.

■ **Das Klima:** Die Tierhaltung ist für rund 85 Prozent der in der Schweizer Landwirtschaft verursachten Treibhausgasemissionen verantwortlich.

■ **Die Landwirtschaft:** Die Würde des Tieres ist in der Verfassung verankert und verlangt, dass die grundlegenden Bedürfnisse von Tieren respektiert werden. Die Massentierhaltung lässt sich damit nicht vereinbaren und das geltende Tierschutzgesetz greift hier zu kurz. Die Initiative gegen Massentierhaltung fordert darum, dass die

Würde des Tieres auch in der Landwirtschaft respektiert werden muss. Sie verlangt das Ende der Massentierhaltung innerhalb unserer Landesgrenzen und weist den Weg zu einer standortangepassten Schweizer Landwirtschaft. Konkret sieht die Initiative vor, dass der Bund den Schutz der Tierwürde in der landwirtschaftlichen Tierhaltung sicherstellt. Um zu vermeiden, dass die höheren Produktionsstandards zu mehr Billigimporten aus dem Ausland führen, verlangt die Initiative zudem eine Importregulierung, die den neuen Schweizer Standards Rechnung trägt.

Setzen Sie darum der Massentierhaltung ein Ende und legen Sie ein Ja in die Urne.

SP auch in Krisen beständig



Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hält ununterbrochen an und fordert täglich zahlreiche Opfer. Ein Ende ist nicht abzusehen. Gleichzeitig nehmen die geopolitischen Spannungen weltweit zu. Die ohnehin schwierige Wirtschaftslage in Europa und auch der Schweiz wird sich zusehends verschärfen. Die soziale Frage wird an Bedeutung zunehmen.

Die Corona-Krise haben wir in der Schweiz – bei aller berechtigter Kritik – dank einem handlungsfähigen und starken Staat, einem gut ausgebauten Service public, sinnvollen Regulierungen, aber auch aufgrund zehntausender Mitarbeiter:innen in systemrelevanten Betrieben und Institutionen, gemeinsam relativ gut überstanden.

Auf der politischen Bühne übernahm unsere Partei grosse Verantwortung und wurde als zuverlässige Partnerin wahrgenommen.

Auch für die kommenden herausfordernden Monate und die zunehmenden sozialen Gegensätze müssen wir als Sozialdemokrat:innen vorbereitet sein. Es gilt jetzt noch viel mehr, dass wir uns auf unsere Kernthemen konzentrieren und die richtigen politischen Antworten anbieten müssen.

Wir nehmen die Sorgen unserer Mitbürger:innen ernst. Gerade jetzt ist es wichtig, dass wir gemeinsam und solidarisch mit den Arbeitnehmer:innen und Gewerkschaften für verbesserte Arbeitsbedingungen kämpfen. Gleichzeitig wollen wir als Partei geschlossen in den Wahlkampf 2023 starten und uns für fortschrittlichere, sozialere und ökologischere Positionen in den Parlamenten und Regierungen einsetzen.

Stefan Dietrich von Bremgarten und Nora Langmoen von Baden



Mit Cédric Wermuth für eine soziale und ökologische Schweiz



Nora Langmoen von Baden ist Co-Präsidentin der SP Aargau und Badener Einwohnerin.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten wir entschieden für mehr Demokratie und Mitbestimmung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch innerhalb unserer eigenen Partei ein. Wir ringen daher immer wieder nicht nur um Ideen, sondern auch um Köpfe, die unsere Werte und Politik nach aussen vertreten. Dabei geht es auch um die Dauer der Amtsausübung.

Mit einer auf zwölf Jahre angelegten Amtszeitbeschränkung – sowohl in Bezug auf innerparteiliche Ämter – wie auch für kantonale und nationale Kandidaturen – führte die SP Aargau

auf ihrem Parteitag 2011 eine erste Schranke ein. Vorgesehen war damals aber bereits, dass eine weitere Kandidatur durchaus möglich ist, wenn die Parteibasis mit einer Zweidrittelmehrheit diese unterstützt. Diese Regelung wurde auf Antrag der Juso 2014 weiterentwickelt und an folgenden Parteitagen angepasst. Entsprechend lautet es gemäss unserer aktuellen Statuten, dass «das Nominationsgremium die Kandidat:innen mit einer Zweidrittelmehrheit erneut nominieren kann».

Als Aargauer Sozialdemokrat:innen sind wir mit Cédric Wermuth, sowohl innerhalb der SP Schweiz, als auch im Nationalrat hervorragend und stark vertreten. Cédric ist einer unserer bekanntesten und profiliertesten Politiker. Er engagiert sich seit vielen Jahren mit Herzblut für unsere Partei. Als Nationalrat in Bern setzt er sich seit nun beinahe zwölf Jahren für eine sozial gerechtere Gesellschaft für alle, für faire und gute Löhne und Ar-

beitsbedingungen, für eine soziale, demokratische und ökologische Wirtschaft ein. Er hat dabei stets die Gesamtbevölkerung im Auge. Als Co-Präsident der SP Schweiz setzt er gemeinsam mit Mattea Meyer auf nationaler Ebene wichtige politische Akzente. Trotz seines zeitintensiven und anspruchsvollen Engagements ist Cédric in unserer Partei stark verwurzelt und nahe an unserer Parteibasis. Er sucht immer wieder den Kontakt und Austausch. Die Basis ist ihm wichtig, und er ist uns wichtig. Cédric stellt sich für weitere vier Jahre als Nationalrat zur Verfügung.

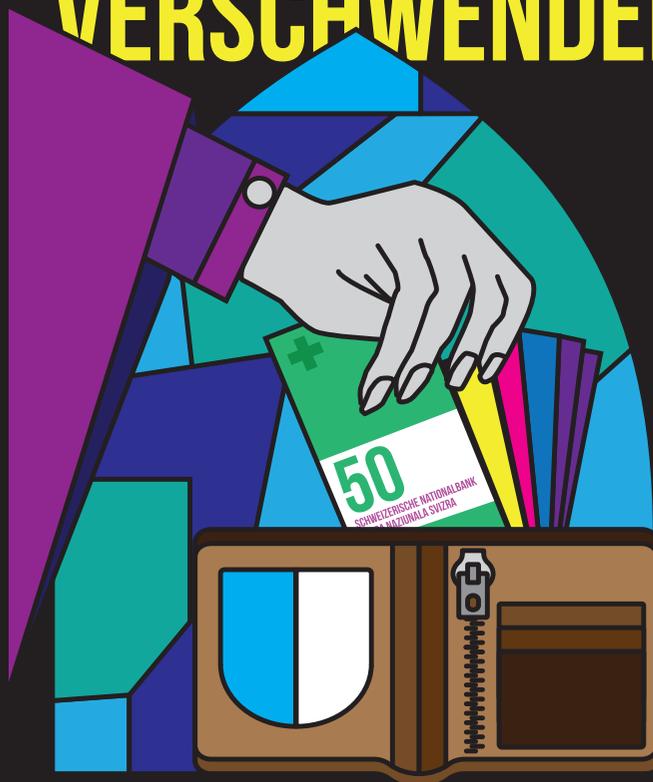
Er hat unser Vertrauen und unsere Unterstützung. Gemeinsam und geschlossen wollen wir einen engagierten Wahlkampf für eine sozial gerechtere und ökologische Schweiz führen.

Für alle statt für wenige.

Stefan Dietrich von Bremgarten ist Co-Präsident der SP Aargau und ab 30. August SP-Grossrat.

SPAREN IN LUZERN – VERSCHWENDEN IN ROM?

SP



NEIN ZUR SPENDE AN DEN VATIKAN

Nein zur Unterstützung für den Kasernen-Neubau

Mit dem Slogan «Sparen in Luzern – Verschwenden in Rom? Nein zur Spende an den Vatikan» haben wir unsere Abstimmungskampagne gegen die Spende für die Vatikan-Kaserne lanciert. Die Luzerner Bevölkerung stimmt am 25. September 2022 über den 400 000-Franken-Beitrag ab.



Sara Muff, Vizepräsidentin
SP Kanton Luzern

Die Hand des Klerus bedient sich am Portemonnaie des Kantons Luzern. Das ist das Visual unserer Kampagne für ein Nein am 25. September 2022. Wir sehen nicht ein, wieso die Luzernerinnen und Luzerner den Vatikan, eine der vermögendsten Organisationen der Welt, finanziell unterstützen sollten.

Gerade erst wurde bekannt, dass der Vatikan mit Immobiliengeschäften in London 100 Millionen Euro verspekuliert hat. Gleichzeitig versicherte er, dass man diesen Verlust, ohne auf Spenden zurückzugreifen,

wegstecken könne. Umso unverständlicher ist, weshalb der Vatikan zur Finanzierung seiner Kaserne auf eine Spende aus Luzern angewiesen sein soll.

Zuhause knausern und in Rom klotzen

Das kommt einer Verhöhnung der Opfer der rigiden Sparpolitik in Luzern gleich. Seit Jahren hat die Bevölkerung des Kantons Luzern unter der Abbau- und Sparpolitik der Regierung und der bürgerlichen Mehrheit zu leiden. Gekürzte Prämienverbilligung, Zwangsferien an den Schulen und aktuell geschlossene Polizeiposten sind nur einige der Stichworte, mit denen Luzern schweizweit zu unrühmlicher Bekanntheit gelangte.

Gleichzeitig machen sich CVP, FDP und SVP für die Spende über 400 000 Franken zur Unterstützung des Neubaus der Kaserne der Schweizer Garde in Rom stark. Als ob

der Vatikan nicht über genug Mittel verfügen würde, diese Kosten selbst zu tragen.

Diesen eklatanten finanzpolitischen Widerspruch wollen wir aufzeigen. Mit Plakaten, Flyern und in den sozialen Medien wird die SP versuchen, die Bevölkerung zu überzeugen, am 25. September ein Nein in die Urne zu legen.

«Wir sehen nicht ein wieso die Luzernerinnen und Luzerner eine der vermögendsten Organisationen der Welt finanziell unterstützen sollten.»

Landfrass stoppen – Keine Steuergelder verlochen !



**Doppel-Referendum
Jetzt unterzeichnen**

Nein zu den Mega-Strassen

Wenn es um die Verankerung unverbindlicher Buchstaben in der Verfassung geht, herrscht Einigkeit. Mit dieser ist es zu Ende, wenn es konkret wird. Der Grosse Rat hat wider besseres Wissen und trotz Klimaartikel in der Verfassung zwei immense Strassenbaukredite bewilligt.

Die bürgerliche Mehrheit hat in der Junisession mehr als 600 Millionen Franken für zwei Mega-Strassen-Projekte gesprochen. Das ist zynisch in Anbetracht der Klimakrise.

Warum unterstützt die SP das Referendum?

1. Probleme auf den Strassen müssen mit schnell umsetzbaren Massnahmen auf dem bestehenden Strassennetz behoben werden.
2. Es ist der falsche Moment, teure Umfahrungsstrassen zu bauen, welche zu Mehrverkehr führen.
3. Allein der Bau dieser teuren Infrastruktur verursacht enorme Mengen CO₂.
4. Bis zur Vollendung dieser Mega-Projekte wartet die Bevölkerung nochmals 10 bis 15 Jahre, bis die akuten Verkehrsprobleme gelöst sind.

5. Neben den hohen Investitionskosten entstehen bei Brücken und Tunnels zudem hohe Unterhaltskosten.
6. Der Kanton muss jetzt prioritär eine ÖV-Offensive starten und die bestehende Infrastruktur unterhalten.

Das Geld kann bekanntlich nur einmal ausgegeben werden. Massnahmen zugunsten sicherer Velostrecken, des öffentlichen Verkehrs oder des Unterhalts der bestehenden Strasseninfrastruktur sind wichtiger und kommen vor dem Neubau von Strassen. Luxus-Infrastruktureneubauten können wir uns im Moment nicht leisten. Es ist bekannt, dass beim Unterhalt der bestehenden Infrastruktur ein grosser Nachholbedarf besteht; aber Zahlen wurden bis anhin (absichtlich?) nicht öffentlich kommuniziert.

Aarwangen

Geplant ist eine neue Umfahrungsstrasse durch eine unberührte Landschaftskammer, welche einen Tunnel und eine Brücke über die Aare beinhaltet. In Aarwangen kommt es zu vielen Unfällen. Deshalb muss umgehend gehandelt werden. Es gibt viele Gemeinden, welche ähnliche oder höhere Unfallzahlen haben. Für alle Gemeinden müssen schnell Lösungen gefunden werden.

Massnahmen auf dem bestehenden Strassennetz sind zielführender. Tiefere Fahrtempi zum Beispiel verringern die Unfallgefahr massiv. Tempo 30 innerorts auf stark befahrenen Kantonsstrassen wäre somit die einfachste Lösung! Verkehrsmanagementsysteme oder Unter-/Überführungen an gefährlichen Stellen sind weitere Möglichkeiten. Statt Mega-Projekten fordern wir die umgehende Umsetzung der geplanten Massnahmen auf der Ortsdurchfahrt.

Im 2016 wurden für das Projekt Aarwangen Gesamtkosten von rund CHF 136 Mio. veranschlagt. Nun kostet es CHF 60 Mio. mehr! Eine neue Strasse durch eine unberührte Geländekammer, die nur zu einer Verlagerung und zu keiner Verminderung des Verkehrs führt, widerspricht klar der Mobilitätsstrategie des Kantons!

Burgdorf/Oberburg/Hasle

Ein teures Strassenbauprojekt der Sonderklasse: CHF 280 Mio. für einen 1,1 km langen Tunnel zur Umfahrung von Oberburg. Dieser Tunnel führt zudem durch einen Grundwasserstrom, mit unbekanntem Folgen für die Wasserversorgung! Der Tunnel bringt zwar Oberburg einen verkehrsberuhigten Dorfkern, führt aber zu Mehrverkehr in Burgdorf. Wir fordern deshalb: Alle schnell umsetzbaren Massnahmen auf dem bestehenden Strassennetz, die zur Verminderung der Staus führen, sind sofort umzusetzen, insbesondere die Unterführungen von Bahnlinien und die Priorisierung des ÖV sowie die Massnahmen für die Velofahrenden. Mit teuren Umfahrungen ist zuzuwarten, bis klar ist, welche Wirkung diese Massnahmen zeigen! Gesamtkosten von insgesamt CHF 430 Mio. für ein paar Minuten Zeitgewinn von Hasle bis Ausgangs Burgdorf, das ist alles andere als ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis!

**Mehr Infos auf der Kampagnen-Webseite
Berner Megastrassen stoppen | Doppel-Referendum jetzt unterschreiben
(megastrassen-stoppen.ch).**

RÜCKBLICK UND AUSBLICK DER FRAKTION AUF DIE LEGISLATUR 2019–2023

Von der Opposition zur erfolgreichen Minderheit

Mit den gewonnenen Wahlen 2019 und der Rückkehr der SP Baselland in die Regierung hat sich auch die Ausgangslage der SP-Fraktion im Landrat geändert. Gleich nach dem Wahlsieg haben wir als stärkste Fraktion im Kantonsparlament unseren Gestaltungsanspruch angemeldet und uns, zusammen mit Kathrin Schweizer in der Regierung darangemacht, den Kanton Baselland nach SP-Vorstellungen und Werten mitzugestalten.



Fraktion der SP BL Ende Februar 2022.

Bei der seit Juli 2022 amtierenden Regierungspräsidentin Kathrin Schweizer liest sich das so: Sie hatte sowohl im Parlament (u. a. Polizeigesetzrevision, Zivildienstgesetzrevision) als auch bei der Bevölkerung (kantonales Integrationsprogramm) mit all ihren Vorlagen Erfolg. Auch das Top-Sharing (Jobsharing bei Kaderstellen) hat sie im Kanton Baselland institutionalisiert und so entscheidend zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beigetragen.

Die soziale Stimme in der Regierung

Viel wichtiger scheint mir aber, dass Kathrin Schweizer die in ihrem Wahlkampf versprochene soziale Stimme in der Baselbieter Regierung ist. So hat sie beispielsweise – auch dank dem Druck unseres Initiativprojekts «gebührenfreie Kinderbetreuung für alle» – ein Umdenken in der Regierung herbeigeführt: Die Regierung wollte alle unsere Vorstösse zum Thema familienergänzende Betreuung (FEB) entgegennehmen. Der Landrat ist dieser Empfehlung der Regierung dann erfreulicherweise auch gefolgt und hat die Vorstösse zusammen mit weiteren Forderungen aus dem FEB-Bereich allesamt überwiesen. Baselland muss und wird sich im FEB-Bereich also bewegen.

Gestaltungsanspruch trotz Minderheitsposition

Dieses Beispiel zeigt, dass wir auch mit Hilfe des Drucks der Basis und aus der Gesellschaft in der parlamentarischen Arbeit erfolgreich sind. Die nackten Zahlen untermauern das. Trotz einer links-grünen Minderheitsposition im Parlament hat dieses von 102 SP-Vorstössen, über die der Rat zu entscheiden hatte, deren 83 an die Regierung überwiesen und damit den Auftrag erteilt, das Baselbiet vermehrt nach unseren Vorstellungen zu gestalten. Die Erfolgsquote von über 80% zeigt für mich, dass wir nahe an den Leuten politisieren und mit unseren Vorstössen Anliegen und Ideen aufnehmen, welche weit über die Parteigrenzen hinaus Akzeptanz finden. Mit vielen wichtigen Anliegen sind wir aber auch an der rechtsbürgerlichen Mehrheit im Kantonsparlament gescheitert.

Mehr SP für Fortschritt im Baselbiet

Die Verletzlichkeit der Schwächsten in unserer Gesellschaft wurde uns in dieser Legislatur durch Pandemie, globale Wirtschaftsmechanismen und den Ukrainekrieg überdeutlich vor Augen geführt. Trotzdem wollte der Landrat nichts von unserer Forderung nach einem kantonalen Mindestlohn wissen, der

die Situation für das Prekariat verbessern könnte. Auch beim Klimaschutz und dem Umgang mit dem Klimawandel beissen wir auf Granit. Vielen Bürgerlichen ist der Ernst der Lage nach wie vor nicht bewusst, oder sie ignorieren die Tatsachen einfach, um Pfründen und Privilegien zu schützen. Eine verantwortungsvolle Politik sieht anders aus! Wir brauchen deshalb unbedingt mehr SP in Parlament und Regierung, um Fortschritt fürs Baselbiet zu ermöglichen. Unser Fortschrittsprogramm bietet den Leuten dazu einen Plan, wie dies aus sozialdemokratischer Sicht gelingen kann. Als Nächstes gilt es aber zuerst, die nächsten Steuerausfälle mit der geplanten Vermögenssteuerreform I zu vermeiden, um dem Kanton Baselland nicht noch mehr Gestaltungsspielraum zu nehmen und die Gemeinden nicht noch weiter unter Druck zu setzen.

*Im Namen der Fraktion:
Roman Brunner, Fraktionspräsident*

LANDRATS- UND REGIERUNGSRATS-PRÄSIDIUM IN SP-HAND



Mit Lucia Mikeler Knaack und Kathrin Schweizer wurden am 30. Juni zwei starke Persönlichkeiten aus unseren Reihen als Landratspräsidentin und Regierungsratspräsidentin gewählt. Dazu gratulieren wir ihnen herzlich! Es freut uns sehr, dass mit Lucia eine äusserst engagierte und bestens vernetzte SP-Politikerin das höchste politische Amt des Baselbiets übernimmt. Wir freuen uns auf das Wahljahr zusammen mit den beiden profilierten Genossinnen. Es ist übrigens das erste Mal, dass beide Präsidien gleichzeitig in der Hand von SP-Frauen sind.



Die Initiative ist eingereicht

Am 16. August haben wir es geschafft: Knapp ein Jahr nach der Lancierung reichte die Allianz gegen den Tarnkappenbomber F-35 bei der Bundeskanzlei über 100 000 beglaubigte Unterschriften ein. Dennoch versuchen die Bürgerlichen mit aller Kraft, einen demokratischen Volksentscheid über das grösste Rüstungsprojekt der Schweizer Geschichte zu verhindern.

Der Unterschied betrug nur 8515 Stimmen, als vor zwei Jahren eine hauchdünne Mehrheit der Abstimmenden der Beschaffung neuer Kampfjets zustimmte. Dies bei einer Stimmbeteiligung von fast 60 Prozent. So knapp ist ein Urnengang in der Geschichte der Schweiz nur ganz selten ausgefallen. Die Initiant:innen der Initiative gegen den F-35 – zu denen auch die SP gehört – akzeptierten selbstverständlich dieses Resultat. Gleichzeitig stellte die Allianz jedoch stets klar: Sollte die Wahl des Bundesrats auf den Tarnkappenbomber F-35 fallen, lancieren wir eine Volksinitiative. Denn dieses Flugzeug ist für die Luftpolizei ungeeignet und ein Milliardenrisiko für die Schweiz. Und so startete die Allianz vor knapp einem Jahr die Unterschriftensammlung.

Noch am 16. Februar 2022 versicherte VBS-Vorsteherin Viola Amherd, man werde den Urnengang abwarten, bevor man den Kaufvertrag unterschreibe. Acht Tage später marschierten Putins Truppen in der Ukraine ein, und die Bundesrätin brach ihr Versprechen. Ja, sie forderte das Initiativkomitee in demo-



Priska Seiler Graf, Nationalrätin ZH

kratiepolitisch höchst fragwürdiger Weise gar dazu auf, die Unterschriftensammlung abzubrechen.

Keine verbindlichen Fixpreise

Beim F-35 geht es insgesamt um Kosten in Höhe von mindestens 24 Milliarden Franken. Je nach Verlauf des Rüstungsprojekts kann es auch noch markant teurer werden. Darum wird das Projekt F-35 auch in den USA massiv kritisiert.

Dass eine faktenbasierte Debatte über den F-35 dringend notwendig ist, zeigt auch der erst kürzlich veröffentlichte Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle. Diese entlarvte die Behauptung des VBS, wonach verbindliche Fixpreise bestünden, als falsch. Massive Budgetüberschreitungen scheinen programmiert.

Doch die Bürgerlichen setzen alles daran, einen demokratischen Entscheid zu verhindern. Sie wollen die Kaufverträge so schnell wie möglich unterzeichnen, ohne die Abstimmung abzuwarten. Die Allianz gegen den F-35 hat darum einen Zeitplan präsentiert, wie eine Abstimmung vor Ablauf der Offert-

Fristen möglich ist. Es ist einzig und allein eine Frage des politischen Willens der bürgerlichen Parteien, ob sie die Volksrechte hochhalten wollen – oder nicht.

DAS BUCH ZUM THEMA

Pierre-Alain Fridez
Der Entscheid für den F-35
Ein gewaltiger Fehler
oder ein staatspolitischer Skandal?
Vorwort von Micheline Calmy-Rey



SP-Nationalrat und Sicherheitspolitiker Pierre-Alain Fridez hat kürzlich ein Buch über den F-35 publiziert. Darin zeichnet er präzise nach, welche Mängel der F-35 aufweist und wie es zur heutigen Situation kam. Der Untertitel des Buches lautet denn auch: «Ein gewaltiger Fehler oder ein staatspolitischer Skandal?» Eine empfehlenswerte Lektüre – mit einem Vorwort unserer ehemaligen Bundesrätin Micheline Calmy-Rey. Die Neuerscheinung ist online und in deiner Lieblingsbuchhandlung erhältlich.



Auf zum Parteitag nach Basel!

Am Wochenende vom 29./30. Oktober steigt in Basel der erste zweitägige Parteitag nach Corona mit einem ganz speziellen Programm. Wir rechnen mit zahlreichen Teilnehmer:innen. Komm doch auch!

Wie wird die SP-Politik in Sachen Europa in den kommenden Jahren aussehen? Welche Schwerpunkte legen wir bei den Themen Kaufkraft und Energieversorgung? Und wie starten wir in die nationalen Wahlen 2023? Der Parteitag Ende Oktober bietet auf jeden Fall viel Diskussionsstoff. Zudem werden die Delegierten der Sektionen wegweisende Entscheide fällen.

Doch der Reihe nach: Der europapolitische Ausschuss unter Leitung von Nationalrat Jon Pult hat die Leitplanken zur Europapolitik der SP in einem Papier festgehalten, das im Mai von der Parteileitung und im Juni vom Parteirat genehmigt wurde. In der Roadmap für Europa wird ein etappenweiser Weg aus der aktuellen Blockade vorgezeichnet, der in ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union münden soll. Im Parteirat führte das Papier zu spannenden Diskussionen – und

diese dürften auch am Parteitag ihre Fortsetzung finden.

Unterstützen du und deine Sektion den Weg, den die Parteileitung mit dem Positionspapier «Aufbruch in ein soziales und demokratisches Europa» vorschlägt? Am Parteitag kannst du dich einbringen und darüber abstimmen.

Weitere Schwerpunkte bilden Diskussionen um Kaufkraft und Teuerung oder die Energiekrise. Die Bundeshausfraktion hat dazu zahlreiche Massnahmen ausgearbeitet, die am Parteitag vorgestellt werden.

Auftakt zu den Wahlen 2023

Höhepunkt des Parteitags ist der Wahlauftritt zu den National- und Ständeratswahlen 2023. Mit welchen Themen und mit welchem Auftritt werden wir in die nationalen Wahlen gehen? Die Delegierten werden es in Basel aus erster Hand erfahren.

Und neben all den politisch brisanten Themen darf der gesellige Aspekt nicht zu kurz kommen. Am Samstagabend steigt in der Basler Markthalle das Partefest, das uns hoffentlich noch lange in bester Erinnerung bleiben wird.

Darum: Melde dich noch heute zum Parteitag an. Die Anmeldefrist läuft am 15. September ab. Wir freuen uns, möglichst viele von euch Ende Oktober in Basel zu sehen.

Hier geht's lang zur Anmeldung:
www.sp-ps.ch/partei/parteitag



Welche Zukunft hat die Schweiz in Europa?



Mario Carera,
Vizepräsident 60+

Die SP60+ greift an ihrer Herbsttagung im internationalen Genf viele Fragen auf, die uns auch am Parteitag beschäftigen werden. Im Zentrum steht: Wie soll sich das Verhältnis der Schweiz zu Europa entwickeln?

Die Schweiz liegt im Herzen Europas, aber die Europapolitik steckt aktuell in einer Sackgasse. Das Rahmenabkommen wurde nach jahrelangen Verhandlungen im Mai 2021 vom Bundesrat eingefroren, der seither «Sondierungsgespräche» mit der EU führt. Nach Ansicht vieler Beobachter:innen hat der bilaterale Ansatz mit rund 120 Abkommen keine längerfristige Zukunft. Gleichzeitig fordern uns die komplexen globalen Herausforderungen in den Bereichen Geopolitik, Wirtschaft, Energie und Gesundheit. Stichworte

dazu sind: Klimakrise, Covid-Krise und Ukraine-Krieg. Dabei ist die EU für uns ein wichtiger Akteur der globalen Governance.

Einen Monat vor dem Parteitag der SP Schweiz diskutieren die Mitglieder der SP 60+ sowie weitere Interessierte mit sachkundigen Redner:innen wie alt Bundesrätin Ruth Dreifuss. Diskussionsgrundlage bildet das Papier «Aufbruch in ein soziales und demokratisches Europa», das vom Präsidium erarbeitet und vom Parteirat im Juni in Neuenburg zu Händen des Parteitags verabschiedet wurde. Die Stossrichtung des Papiers weist den Weg zur Veranstaltung im September: «Es ist klar, dass ein gut verhandelter Beitritt zur EU die beste Option bleibt.

Anmeldung:
www.sp-ps.ch/partei/sp-60



KOMMT ZAHLREICH ZUR GRÜNDUNGS-VERANSTALTUNG DER SP QUEER!

Am Anfang war es eine Idee – mit Blick über die Grenzen, wo bereits seit längerem sozialdemokratische queere Organisationen existieren. Die SP Schweiz unterstützte eine entsprechende Resolution, und am Parteitag im August 2021 mündete die Idee schliesslich in einen Statutenbeschluss, dem ein harter Kern von SP-Mitgliedern in den letzten Wochen und Monaten seine definitive Form verliehen hat: Mit «SP queer» entstand ein neues Organ der SP Schweiz. Am 10. September steht die formelle Gründung an. Das neue Organ soll vor allem zu einem Gefäss für alle sozialdemokratisch gesinnten Mitglieder der LGBTQIA+-Community werden, die sich gemeinsam für ihre Rechte, für mehr Repräsentation und für eine offene, bunte Gesellschaft einsetzen wollen.

Feilen an unserem ersten Reglement

In stundenlangen Diskussionen, beim gemeinsamen Brainstorming, bei der lustvollen Ideenfindung und in Gesprächen feilen wir am ersten Reglement der SP queer. Ebenso viele Ideen und Gedanken flossen in das erste Manifest der SP queer ein.

Nun ist das Reglement ausgearbeitet und bereit, der höchsten Instanz unserer Partei, den Mitgliedern, vorgelegt und dann ganz offiziell mit Leben gefüllt zu werden.

Mit Spannung und Freude blicken wir darum auf die anstehende Gründungsversammlung der SP queer am 10. September 2022 in Bern und können es kaum erwarten, das neuste Organ der SP Schweiz zu werden. Eingeladen sind alle Interessierten. Alle SP-queer-Mitglieder werden stimmberechtigt sein.

Möchtest du auch dabei sein und Mitglied der SP queer werden? Dann melde dich bei Mia Jenni unter spqueer@spschweiz.ch.

ANZEIGE

GROUPS.SWISS



GROUPS
DAS ZUHAUSE FÜR GRUPPEN

www.groups.swiss



800 Ferienhäuser und Hotels in Europa für Gruppen und Familien, Freizeit und Kurse

Groups AG · Spitzackerstrasse 19 · CH-4410 Liestal · +41 (0)61 926 60 00



Gelernt ist gelernt: Altersheimleiter Matthias Mäder bindet sich fürs «links» wieder die Kochschürze um.

Wenn der Chef kocht

Die nachhaltige Klimaküche eignet sich besonders für sommerliche Apéros: Zaalouk ist fix zubereitet, vegan und fein. Koch Matthias Mäder zeigt, wie's geht. Pia Wildberger

Der gelernte Koch Matthias Mäder ist beileibe kein verkappter Grüner, sondern ein traditioneller Gewerkschafter, der sich stets für bessere Arbeitsbedingungen in der Gastronomie wehrte und nach der Wahl von Christoph Blocher in den Bundesrat aus Protest der SP beirat. 20 Jahre lang stand er in den unterschiedlichsten Küchen in der Schweiz und reiste als Koch mit dem Formel-1-Team von Sauber um die Welt. Heute leitet er in Rüti ZH das Altersheim und steht nur noch am Wochenende in der heimischen Küche oder am Grill. Sein fast erwachsener Sohn ist vor längerem aus Klimagründen Vegetarier geworden. Seither besinnt sich Matthias Mäder vermehrt auf nachhaltige Gerichte. Eines davon hat er der Links-Redaktion aufgetischt: ein wunderbar erfrischendes Zaalouk.

Dieser vegane Dip mit marokkanischen Wurzeln passt zu jedem Apéro und schmeckt auch als Brotaufstrich sehr lecker. Die Cracker aus Sonnenblumenkörnern und Kürbiskernen passen gut dazu und sind ebenso fein wie schön. Dabei kommen die Zutaten, die

Tomaten und Auberginen aus dem eigenen Garten. «Da kann man flexibel variieren, man nimmt, was man hat.»

Bio wird künstlich verteuert

Matthias Mäder ist wichtig, dass die Nahrungsmittel möglichst wenig verarbeitet auf den Tisch kommen. Das schont Portemonnaie und Klima – «und schmeckt viel besser.» Ersatzprodukte wie Quorn oder Planted Chicken werden bei Mäders zwar immer wieder serviert. «Mit einer Cervelat aus Sojabohnen kann ich jedoch nichts anfangen.» Wer sich mit den Nahrungsmitteln auseinandersetzt und mehr Zeit fürs Kochen aufwendet, hat in Sachen klimaschonende Küche bereits viel gewonnen.

Die Zutaten für ein nachhaltiges Zaalouk sollten aus der Region stammen und bio sein. Doch nicht alle Menschen können sich Bio-Ware leisten. Der Koch nimmt darum die Detailhändler ins Gebet. «Gewisse Biopreise werden von den Detailhändlern künstlich hoch gehalten – das muss sich ändern.» Denn

Klimaschutz kann man nicht ohne den sozialen Aspekt machen. «Wir müssen alle Menschen mitnehmen», bringt es Matthias Mäder auf den Punkt. «Denn wir sind die SP und nicht die Grünen.»

DAS MENÜ DER ZUKUNFT

Essen ist politisch. Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, ist für rund einen Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Für unseren Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das den Tieren als Kraftfutter verfüttert wird. Ausserdem landet ein Teil der Ernte im Abfall. Am meisten Food-Waste fällt in Privathaushalten an.

Dagegen lässt sich etwas tun. Was sollen wir essen und wie können wir kochen, damit wir unseren CO₂-Ausstoss reduzieren? Renommierete Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.



Zaalouk mit Kracker

Zutaten

- 2 Auberginen, geschält, in ca. 1 cm dicke Scheiben oder Würfel geschnitten
- 3 Tomaten, in ca. 1 cm dicke Scheiben oder Würfel geschnitten
- 1 rote Peperoni, in ca. 1 cm grosse Würfel geschnitten
- 2 Knoblauchzehen halbiert
- 2 EL Olivenöl
- 1 TL Salz
- wenig Pfeffer
- ½ TL Kreuzkümmelpulver
- 1 TL Chiliflocken (je nach gewünschtem Schärfegrad etwas mehr oder weniger)
- ½ TL Paprika edelsüss
- 1 EL Zitronensaft
- ½ Bund Koriander, fein geschnitten (kann auch weggelassen werden)
- ½ Bund glattblättrige Petersilie, fein geschnitten

Zubereitung

1. Ofengemüse: Gemüse mit Öl, Salz und Pfeffer in einer Schüssel mischen, auf einem mit Backpapier belegten Blech verteilen
2. 35 Minuten in der Mitte des auf 220° C vorgeheizten Ofens backen. Auskühlen lassen.
3. Gemüse mit Gewürzen und Zitronensaft pürieren. Petersilie und nach Belieben Koriander darunter mischen.

Chörnlikracker

Zutaten

- 300 g Weissmehl
- 7 g Salz
- 6 dl lauwarmes Wasser
- 40 g Sesam
- 150 g Sonnenblumenkerne
- 200 g Kürbiskerne
- 1 TL Kurkuma
- ½ TL Ingwerpulver
- ½ TL Curry mild

Zubereitung

Weissmehl mit Wasser und Salz mischen, mind. 10 Minuten stehen lassen, Kerne und Gewürze dazugeben und gut verrühren, so dass keine Mehlklümpchen mehr sichtbar sind, flüssige Masse auf drei Backbleche mit Backpapier giessen und bei 130° C rund 100–120 Minuten trocknen lassen. Es hat sich bewährt, die Kracker einen Tag im Voraus zu produzieren, damit sie komplett getrocknet sind.

Ehrgeizige Sozialhilfe-Reform in Genf

In der Deutschschweiz ist die Sozialhilfe in vielen Kantonen unter Druck. Anders am Lac Léman: Genf will die Sozialhilfe nicht kürzen, sondern effizienter und gerechter ausgestalten.



Thierry Apothéloz,
Staatsrat GE,
Vorsteher des Sozial-
departements

Wie kann es sein, dass trotz des unglaublichen Wohlstands am Lac Léman und des dynamischen Wirtschaftswachstums die Zahl der Sozialhilfeempfänger:innen in den letzten zehn Jahren um 76 Prozent gestiegen ist? Allein diese Zahl macht deutlich, dass wir überdenken müssen, auf welche Weise wir die Verletzlichsten unterstützen. Darum hat der Genfer Staatsrat ein neues Sozialhilfe-Gesetz ausgearbeitet, das einen grossen Fortschritt im Kampf gegen Armut und Ungleichheit darstellt. Der Gesetzesentwurf ist im Grossen Rat hängig.

Das Hauptziel der Sozialhilfe-Reform besteht darin, Sozialhilfeempfänger:innen mehr Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten zu bieten, damit sie möglichst rasch eine gute Arbeit finden können. Dies ist mit der heutigen Gesetzgebung nicht möglich. Wichtig zu wissen: Bei einer erwerbsfähigen Bevölkerung von 220 000 Menschen zählt Genf 340 000 Arbeitsplätze – Arbeit wäre also vorhanden, doch verfügen die Arbeitsuchenden oft nicht über die dafür notwendigen Qualifikationen. Gleichzeitig haben fast die Hälfte der Sozialhilfeempfänger:innen keine Ausbildung. Umso dringender ist es, dass die Politik hier endlich handelt.

Mehr Lohn im Portemonnaie

Die zweite grosse Veränderung betrifft den Einkommensfreibetrag. Heute muss man als Sozialhilfeempfänger:in mehr als 50 Prozent arbeiten, um überhaupt einen Unterschied im eigenen Portemonnaie festzustellen. Der Lohn aus einer Teilzeitbeschäftigung von unter 50 Prozent fliesst direkt zurück an den Staat. Das ist ungerecht. Und das System bietet Sozialhilfeempfänger:innen so auch keinen Anreiz, eine bezahlte Arbeit aufzunehmen. Neu sollen die Bedürftigen über die ersten 300 Franken Einkommen sowie

über 15 Prozent ihres Einkommens frei verfügen können.

Der dritte Schwerpunkt der Reform liegt auf der Betreuung der Sozialhilfeempfänger:innen. Diese soll nicht länger durch Kontrolle, sondern durch Vertrauen geprägt sein, indem beispielsweise gemeinsam ein Budget erstellt wird. So lässt sich der heute zu hohe Verwaltungsaufwand reduzieren und die Begleitung auch nach dem Austritt aus der Sozialhilfe gewährleisten.

Sozialhilfe auch für Selbstständige

Eine weitere wichtige Änderung betrifft die Unterstützung von Selbstständigerwerbenden, die erheblich unter der Pandemie gelitten haben, weil sie von den meisten bedarfsabhängigen Sozialleistungen ausgeschlossen sind. Sie sollen künftig in schwierigen Zeiten unterstützt werden, ohne dass sie ihre Erwerbstätigkeit aufgeben müssen.

Die Reform enthält zudem zahlreiche weitere Neuerungen: etwa den Ausbau der Wohnbeihilfen, Unterstützung im Bereich Entschuldung, bessere Berücksichtigung von Familien mit Kindern, Stärkung der Gemeinden sowie eine engere Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen. Ein Schwerpunkt liegt auf einer besseren Berücksichtigung von Gesundheitsfragen, die für den Wiedereingliederungsprozess von grundlegender Bedeutung sind.

Hilfe zur Selbsthilfe

Anstatt Leistungsempfänger:innen zu kontrollieren und zu stigmatisieren – womöglich verbunden mit der Illusion, sie dadurch zur Wiedereingliederung zu bewegen – ist es sinnvoller, sie zu begleiten, ihre Kompetenzen auszubauen und Wege aufzuzeigen, wie sie sich selbst helfen und ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen können. Und jene, denen dies nicht gelingt? Ihnen müssen wir ein Leben in Würde ermöglichen, ohne Vorwürfe zu erheben oder sie zu verurteilen.



Radiosendung
zum Gesetzesentwurf
(französisch)

5

Fragen an **Tobias Gröflin, 25**

Schlagzeugstudent aus Gelterkinden BL

Warum bist du der SP beigetreten?

Ich interessiere mich seit langem für Politik und war schon immer links. Die Zugehörigkeit zu einer Partei ist mir wichtig. Politik beginnt im Kleinen, in der Lokalpolitik, und da ist es gut, einer Partei anzugehören. Die Arbeit wird kanalisiert und es ist leichter, auf dem Laufenden zu bleiben. Lange überlegte ich, ob ich zu den Grünen will oder zur SP. Ich entschied mich für die SP, weil der Fokus umfassender ist. Die Klimakrise hat mich politisiert. Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit sind meine Kernthemen, und da ist die SP führend. Sie denkt die Politik wie auch die Klimakrise von den Ärmsten aus.

Interessierst du dich für Lokalpolitik?

Das finde ich sehr spannend. Auch die Abläufe sind interessant. Mein Vater ist seit kurzem Gemeindepräsident von Gelterkinden, da höre ich manchmal am Mittagstisch, was in der Gemeinde läuft. Er ist in der EVP, wie auch meine Mutter.

EVP versus SP – führt das zu Diskussionen?

Ich bin mit christlichen Werten aufgewachsen und hinter denen stehe ich. Liebe deinen Nächsten und bewahre die Natur. In einzelnen Themen habe ich eine andere, linkere Haltung als meine Eltern. Da diskutieren wir miteinander.

Kannst du dir vorstellen, in die Lokalpolitik einzusteigen?

Ich bin Mitglied des Schulrats der Sekundarschule von Gelterkinden, der Aufsichtsbehörde der Schule. Hier bringe ich mich politisch ein. Ich erbe quasi den Sitz meiner Mutter. In kleineren Gemeinden stellt sich ja immer die Frage, wer sich für solche Ämter zur Verfügung stellt. Es gab keine Gegenkandidatur. Es wäre toll, würden sich mehr Leute engagieren.

Welche Erwartungen hast du an die SP?

Es ist wichtig, positive Zukunftsbilder zu vermitteln, und jenen Menschen, die unter der Teuerung leiden, und gerade auch den Jungen, die sich Sorgen wegen der Klimakrise machen oder gar unter Klimaangst leiden, einen guten Weg in die Zukunft zu zeigen.

Pia Wildberger

AUSSTELLUNG

Auf den Spuren von Robert Grimm

Robert Grimm war nicht nur einer der bedeutendsten Schweizer Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts und Organisator des Landesstreiks von 1918. Er war auch ein Druckergeselle, der in jungen Jahren auf der Walz von Wald im Kanton Zürich bis nach Graz, Triest und Görz wanderte. Die Robert-Grimm-Gesellschaft hat nun zur Erinnerung daran entlang der Landstrassen, die er als Tippelbruder benutzte, einen Wanderweg eingerichtet. Die Reiseroute liess sich anhand des Reisetagebuchs nachvollziehen, worin der Druckergeselle seine Erlebnisse im Sommer 1902 festgehalten hatte.

Zur Eröffnung des Wanderweges hat die Robert-Grimm-Gesellschaft unter dem Titel «Via Grimm» im Heimatmuseum Wald ZH eine Ausstellung eröffnet, die die Entstehungsgeschichte des Weges aufzeigt. Denn viele Etappen, die Robert Grimm noch zu Fuss zurücklegen konnte, sind heute stark befahrene Hauptstrassen oder gar Autobahnen. Es brauchte daher alternative Routen. Diese hat Fritz Brönnimann, ehemaliger Gemeindepräsident von Wald BE (früher Zimmerwald), Wanderbuchautor und Wanderleiter der Berner Wanderwege, erkundet und dokumentiert. In der Ausstellung werden sowohl der historische Weg als auch die aktuelle Route präsentiert. Dies ermöglicht es Wanderlustigen im 21. Jahrhundert, sich auf die Spuren des Druckergesellen Grimm zu begeben.

Robert Grimms Reiseroute lässt sich auch auf einer interaktiven Karte verfolgen. Sie ist zudem auf einer Originalkarte vom ausgehenden 19. Jahrhundert eingezeichnet. Auch die «Reiseerinnerungen» – das Tagebuch, das Robert Grimm auf seiner Wanderung 1902 führte, – sind in einer transkribierten und kommentierten Online-Edition zugänglich. Im Frühling 2023 ist überdies die Publikation eines Wanderbuchs geplant.

Wer nicht so lange warten möchte, dem sei die Ausstellung in Wald ZH, dem Geburtsort von Robert Grimm, wärmstens ans Herz gelegt.



→ www.robertgrimm.ch

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Protokollführung

D1.8.2211

15.–16. Oktober 2022,
Schwarzenberg

Wer in Sitzungen und Besprechungen Protokoll führt, hat eine überaus wichtige Funktion: nämlich festzuhalten, was diskutiert und beschlossen wird. Das Protokoll ist ein unverzichtbares Informations- und Kontrollinstrument. Für die Protokollführenden ist es nicht einfach, Gehörtes rasch in angemessene schriftliche Form zu bringen. Es wird an praktischen Beispielen gelernt.

Migrationspolitik und Migrationsrecht: Fakten, Wertungen

D2.1.2207

24.–25. Oktober 2022, Chur
Die schweizerische Migrations- und Ausländerpolitik ist durch ein duales System charakterisiert. Für EU-Staatsangehörige gilt die Personenfreizügigkeit. Für Schweizer:innen mit Angehörigen aus Drittstaaten und für Nicht-EU-Bürger:innen gilt dagegen das Ausländer- und Integrationsgesetz. Wie wirkt sich die migrationspolitische Praxis zwischen Öffnung und Abwehr

für die Betroffenen konkret aus? Welchen Schutz können sich Immigrant:Innen von Grund- und Menschenrechten erhoffen? Wie sind die aktuelle ausländerpolitische Situation und unsere Beziehung zur EU unter dem Aspekt des Freizügigkeitsrechts zu beurteilen?

Auf Stellensuche mit 50+

D2.5.2215

24.–25. Oktober 2022, Olten
Stellensuchende über 50 riskieren mehr als andere, langzeitarbeitslos zu werden. Denn die Vorurteile gegenüber «älteren» Bewerber:innen sind gross. Wer stellenlos ist, bleibt es trotz Be-
teuerungen der Arbeitgebenden oft lange. Über 50-Jährige haben jedoch einiges zu bieten an (Lebens-)Erfahrung, Fachwissen und Motivation. An diesem Kurs erarbeiten die Teilnehmenden einen motivierenden Bewerbungsbrief sowie einen aussagekräftigen Lebenslauf und bereiten sich auf ein Vorstellungsgespräch vor. Ein Teil des Kurses ist der Arbeitsmarktpolitik und den diesbezüglichen gewerkschaftlichen Forderungen gewidmet.

Mutig handeln im Betrieb – aber sicher!

D1.8.2203

28.–29. Oktober 2022,
Schwarzenberg

Gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb ist nicht einfach: Es braucht Mut, sich zu exponieren, Missstände anzusprechen und die einem zustehenden Rechte einzufordern. Nach der Einführung in die Thematik teilt eine langjährige Vertrauensperson ihre Erfahrungen in diesem Minnfeld mit den Teilnehmenden. Anhand von Fallbeispielen der Teilnehmenden wird der Umgang mit herausfordernden Situationen im Betrieb geübt.

Basiskurs für Mitglieder von Stiftungsräten

D1.9.2202

3.–4. November 2022 in Biel
Die Vertretung der Arbeitnehmenden in den Pensionskassen ist eine grosse Herausforderung und beinhaltet viel Verantwortung und Einflussmöglichkeiten. Der Basiskurs vermittelt die wichtigsten Grundlagen für diese Aufgabe.

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen.

AGENDA 2022

31. AUGUST 2022

Delegiertenversammlung
SP60+, Morges

3. SEPTEMBER 2022

a.o. Mitgliederversammlung
der SP Migrant:innen, Bern

3. SEPTEMBER 2022

Webinar zu «Grenzen
des Wachstums», online

9. SEPTEMBER 2022

Energiestammtisch
der SP Frauen, Bern

10. SEPTEMBER 2022

Gründungsversammlung
SP queer, Bern

17. SEPTEMBER 2022

Städtekonferenz, Bern

24. SEPTEMBER 2022

Herbstkonferenz SP60+, Genf

Europa-Tagung

7. OKTOBER 2022

Parteitrat

22. OKTOBER 2022

Mitgliederversammlung
der SP Frauen

29./30. OKTOBER 2022

Parteitag in Basel

Jetzt anmelden!

Aktuelle Infos unter

www.spschweiz.ch/agenda



Stadtrundgang «ZH Kolonial» #2:

Wirtschaftliche Ausbeutung

Der Kolonialismus hat in Zürich Spuren hinterlassen – wer weiss, wo, sieht sie auf Schritt und Tritt. Denn Zürcher:innen waren auf vielfältige Weise am Kolonialismus beteiligt oder von ihm beeinflusst. Der Verein ZH Kolonial hat daher gemeinsam mit der Anny-Klawa-Morf-Stiftung einen neuen Rundgang mit dem Fokus «Wirtschaftliche Ausbeutung»

entwickelt. Die Rundgänge dauern zwei Stunden und werden von Freiwilligen geleitet. Die aktuellen Daten: www.anny-klawa-morf.ch

Europacafé: Welche klimapolitischen Perspektiven für die Schweiz und die EU?

Workshop zu den klimapolitischen Perspektiven in der Europäischen Union und in der Schweiz, mit spannenden Expert:innen mit europäischer und Schweizer Perspektive. Im zweiten Teil des Workshops werden Teilnehmende gemeinsam Visionen zur zukünftigen Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU entwickeln.
Dienstag, 20. September 2022, 18.30–20.00 Uhr, Salon, Markthalle, Basel

Gespräch mit Robert Misik: Fortschritt für alle? Wege aus der politischen und gesellschaftlichen Stagnation

Am Vorabend des Parteitags der SP Schweiz in Basel reden wir mit Robert Misik über seine kürzlich erschienenen, wegweisenden Bücher «Die falschen Freunde der einfachen Leute» und «Das grosse Beginnergefühl – Moderne, Zeitgeist, Revolution». Moderiert wird das Gespräch von Olga Baranova, Geschäftsleiterin von CH++.
Freitag, 28. Oktober 2022, 19.00–20.30 Uhr | Turmzimmer, kHaus, Basel

Buchvorstellung «Wählerschaft und Perspektiven der Sozialdemokratie in der Schweiz»

Wer wählt heute in der Schweiz

sozialdemokratisch und warum? Wer wählt die SP Schweiz nicht oder nicht mehr? Wen spricht sie mit ihrem inhaltlichen Profil an? Und wo liegt das strategische elektorale Potenzial der Schweizer Sozialdemokratie? Antworten auf diese Fragen finden sich im Buch «Wählerschaft und Perspektiven der Sozialdemokratie in der Schweiz». Die Autor:innen um Prof. Silja Häusermann geben einen Einblick in ihre Erkenntnisse, es besteht die Möglichkeit für Fragen und Diskussion.
Dienstag, 15. November 2022, 18.30–20.30 Uhr, Gelber Saal, Volkshaus, Zürich

Anmeldung unter www.anny-klawa-morf.ch/veranstaltungen oder per Mail an info@anny-klawa-morf.ch

26'000 Franken weniger Rente?



AHV-Abbau

2x NEIN

Mehr bezahlen, weniger Rente